

Festrede anlässlich der  
Abschlussveranstaltung des Seminars für Sicherheitspolitik 2010

25. Juni 2010, Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich gratuliere Ihnen, sehr geehrte Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer, herzlich zum Abschluss des Seminars für Sicherheitspolitik. Und ich danke Herrn Generalleutnant a.D. Lahl als Präsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik dafür, dass Sie mich eingeladen haben.

Die Akademie schafft mit diesem Seminar ein gemeinsames Verständnis von vernetzter Sicherheitspolitik und ein entsprechendes Netzwerk. Dies haben wir genau so im Koalitionsvertrag festgehalten: Die Bundesakademie nennen wir dort neben der Führungsakademie der Bundeswehr und dem Zentrum für Internationale Friedenseinsätze als ein wichtiges Instrument für außen- und sicherheitspolitische Kohärenz.

Die Akademie bildet Führungskräfte aus Bund und Ländern, der Wirtschaft, Wissenschaft und Medien fort: Denn es sind die Menschen in den Institutionen, die sich untereinander vernetzen, Politiken und konkrete Schritte abstimmen und so das Prinzip einer vernetzten Sicherheitspolitik mit Leben füllen. Mein Ministerium steht voll und ganz hinter diesem Ansatz. Deswegen bin ich Ihrer Einladung für den heutigen Tag so gerne gefolgt.

Ihnen, sehr geehrte Seminarteilnehmende, hat unsere Haltung hierzu bereits Staatssekretär Beerfeldt in unserem Haus Anfang des Monats erläutert.

Sie alle haben sicherlich in den Medien verfolgt: Auf mein Bekenntnis zum Ansatz der vernetzten Sicherheit haben einige zivilgesellschaftliche Organisationen heftig reagiert: Manche haben mir eine „Militarisierung der Entwicklungspolitik“ vorgeworfen.

In der Zwischenzeit habe ich viele Gespräche mit NRO-Vertretern geführt, auch während meiner Reisen nach Afghanistan. Dadurch ist die Debatte differenzierter und sachlicher geworden. Sehr gefreut habe ich mich vor zwei Wochen über die Worte der Vorsitzenden der Welthungerhilfe, Bärbel Dieckmann. Sie hat mich auf meiner letzten Afghanistan-Reise Anfang des Monats begleitet. Anschließend hat sie öffentlich erklärt: „Militärische und zivile Organisationen müssen sich beim Aufbau ergänzen.“ Frau Dieckmann hat auf unserer Reise erkannt: Koordination und wechselseitige Information zwischen Nichtregierungsorganisationen und Militär sind notwendig, wenn der Aufbau gelingen soll. Frau Dieckmann hat öffentlich erläutert, wie wichtig der militärische Einsatz ist, um die notwendige Sicherheit für die Bevölkerung und die zivilen Aufbauhelfer zu schaffen.

Für mich ist diese Stellungnahme der Welthungerhilfe, einer unserer großen Hilfsorganisationen, ein sehr wichtiger Schritt: Es gelingt uns, einander besser zu verstehen und so gemeinsam – Staat und Zivilgesellschaft, Militär und zivile Aufbauhelfer - bessere Arbeit zu leisten.

Denn wir verfolgen in Afghanistan ein gemeinsames Ziel: Afghanistan soll ein friedliches, stabiles Land werden, dessen Bürgerinnen und Bürger in Freiheit und mit einer guten Perspektive für sich und ihre Kinder leben können.

Warum halte ich, als Entwicklungspolitiker, den Ansatz der vernetzten Sicherheit für so wichtig? Der Grund liegt in den Zielen, die wir uns im BMZ für diese Legislaturperiode vorgenommen haben. Eines unserer wichtigsten Ziele ist: Wir möchten die deutsche Entwicklungspolitik wirksamer machen.

Deswegen reformieren wir derzeit unsere Durchführungsorganisationen, legen GTZ, InWEnt, DED zusammen. Doch das genügt nicht. Entwicklungspolitik hat viele Schnittmengen mit den Aufgaben anderer Ressorts. Wirksamer wird unsere Politik nur, wenn wir uns besser abstimmen und uns eine klare Arbeitsteilung gelingt – national wie international. Genau darauf, auf eine kohärente, arbeitsteilige Politik für Sicherheit, Entwicklung und außenpolitische Stabilität, zielt der Ansatz der vernetzten Sicherheit.

Sicherheit ist zwar nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts. Vernetzte Sicherheit schafft daher, davon bin ich fest überzeugt, in vielen fragilen Ländern erst die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung. Die eigentliche Herausforderung hier ist: Wir müssen die einzelnen Instrumente von Sicherheitspolitik, Außenpolitik und Entwicklungspolitik in einem gemeinsamen Konzept zusammenführen, koordinieren und nutzen!

Ein konkretes Beispiel: Für uns im BMZ ist das Konzept der „menschlichen Sicherheit“ (Human Security) von besonderer Bedeutung. Es zielt darauf ab, dass Menschen ein Leben in „Freiheit vor Furcht“ und „Freiheit vor Mangel“ führen können. Es zielt auf sozioökonomische Sicherheit, Ernährungs- und Umweltsicherheit, also auf die „menschlichen Aspekte“ von Sicherheit. Die Aufgabe der Entwicklungspolitik ist es hier, die strukturellen Konfliktursachen abzubauen.

Die Konflikte können wir nicht verhindern. Jede Entwicklung führt auch zu verschiedenen Interessen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Wir in Deutschland tragen genauso Konflikte aus, ebenso wie innerhalb der Europäischen Union: Um Wirtschaftsinteressen oder um Interessen an kulturellen Traditionen.

Die Aufgabe der Entwicklungspolitik sehe ich hier in der Krisenprävention: Wir wollen verhindern, dass aus Konflikten Krisen erwachsen. Wir wollen unsere Partnerländer darin unterstützen, Strukturen zu schaffen, damit die Menschen Konflikte gewaltfrei austragen und Kompromisse finden können.

Wir sehen also unsere Aufgabe in der Krisenprävention. Wir erfüllen diese Aufgabe, indem wir gute Regierungsführung fördern. So können wir zum Beispiel durch Beratung hin zu Dezentralisierung Konflikte entschärfen: Indem auch benachteiligte Regionen über ihre Belange selbst entscheiden können, wird Regierung und Verwaltung partizipativ. Entscheidungen orientieren sich an dem, was die Menschen vor Ort brauchen. So lassen sich strukturell Konflikte vermeiden oder lösen. Wir beraten, wie demokratische Prozesse gestaltet werden können. Und wir arbeiten darauf hin, armen Bevölkerungsgruppen Einkommenschancen zu schaffen.

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung fördern – auch das ist ein Schwerpunkt unserer Entwicklungszusammenarbeit, der zu Frieden und Sicherheit beiträgt. Denn Armut steigert das Konfliktpotential und Gewaltisiko.

Wussten Sie, dass die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegs in einem Land mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 250 US Dollar bei 15 Prozent liegt, bei einem Pro-Kopf-Einkommen ab 5000 US Dollar jedoch auf 1 Prozent sinkt? Einkommenschancen schaffen - das entspricht unseren Wertvorstellungen, dass jeder Mensch in Würde sein Leben gestalten

können soll. Und zugleich senkt die faire Chance, an wachsendem Wohlstand teilzuhaben, die Konfliktbereitschaft armer Bevölkerungsgruppen.

In der Entwicklungspolitik stellen wir also den Menschen in den Mittelpunkt unserer Arbeit. Aber unserem entwicklungspolitischen Instrumentarium sind Grenzen gesetzt! Natürlich ist Afghanistan zunächst das aktuelle Beispiel, an dem sich diese Möglichkeiten und Grenzen der Entwicklungszusammenarbeit zeigen: Ich bin mittlerweile zwei Mal in Afghanistan gewesen. Unser Ministerium möchte in diesem Jahr und, wenn unsere afghanischen Partner ihre Zusagen einhalten, auch in den kommenden Jahren 250 Millionen Euro für die Zusammenarbeit mit Afghanistan bereitstellen. Dies ist eine gewaltige Summe! Deutschland ist der drittgrößte bilaterale Geber.

Diese Entwicklungszusammenarbeit in großem Umfang setzt ein Mindestmaß an Sicherheit voraus. Der Einsatz der internationalen Truppe ISAF bleibt deshalb nötig. ISAF schützt die Bevölkerung vor den Taliban und schafft ein sicheres Umfeld für unsere Arbeit. Gleichzeitig sind der Beitrag von ISAF für die Ausbildung der afghanischen Armee und der Einsatz der deutschen Polizisten wichtig. Denn wir wollen mittelfristig die Verantwortung an die Afghanen übergeben.

Sicherheit ist die Voraussetzung für unsere Arbeit. Die Regionen, die ISAF bislang nicht befrieden konnte, können wir nicht mit entwicklungspolitischen Mitteln stabilisieren. Eine Untersuchung der FU Berlin in Nordost-Afghanistan hat gezeigt: Entwicklungszusammenarbeit wirkt sich nur so lange positiv auf das Ansehen von afghanischem Staat und internationalen Akteuren aus, wie ein Mindestmaß an Sicherheit gegeben ist. Dieses für unsere Arbeit nötige Mindestmaß an Sicherheit können wir nicht mit ziviler Hilfe „erkaufen“. Vielmehr sind, wie hier im Falle Afghanistans, ausreichend internationale und afghanische Sicherheitskräfte erforderlich.

Zugleich muss es eine lokale Verwaltung geben, die in den Augen der Bevölkerung legitim ist und gemeinsam mit den Sicherheitskräften ein Mindestmaß an Stabilität gewährleistet. Wir müssen effektive und rechtsstaatlich afghanische Staatsorgane aufbauen, wenn wir langfristig Stabilität, Wahrung der Menschenrechte und Entwicklung ermöglichen wollen. Ohne dies können unsere Mitarbeiter vor Ort, von GTZ und DED, nicht arbeiten. Auf der anderen Seite ist es wichtig, dass Entwicklungspolitik dort, wo die Sicherheitslage es erlaubt, schnell und für die Bevölkerung deutlich spürbar wirkt. Dies gelingt uns vor Ort – davon habe ich auf meinen beiden Afghanistanreisen überzeugen können.

Ich habe mir ein Bild über die bisher erzielten Erfolge in Afghanistan verschafft: In der Gesundheitsversorgung, der Grundschulbildung oder der Stromversorgung konnte ein Stand erreicht werden, der in Afghanistan in den letzten Jahrzehnten undenkbar war. Über das nationale Bildungsprogramm hat die Bundesregierung zum Bau von Schulen für etwa 500.000 Schüler beigetragen. Landesweit gehen aktuell 6,5 Millionen Kinder zur Schule. Das sind fünf mal mehr als zu Zeiten der Taliban.

Wir unterstützen die Gehälter von rund 300.000 Lehrerinnen und Lehrern, sowie Richterinnen und Richtern. Durch Gesundheitsprojekte in Nordafghanistan konnten seit 2006 über 750.000 Patienten behandelt werden. Darunter sind besonders viele Mütter und Säuglinge in so genannten "Baby Care Centres". In Nordafghanistan wurden allein mit deutscher Hilfe über 600 Kilometer Straße und zahlreiche Brücken gebaut. Mit Einkommen schaffenden Maßnahmen haben wir 1,3 Millionen Afghanen erreicht. Wir haben Zugang zu Trinkwasser für 900.000 Menschen geschaffen. 60.000 Menschen haben Zugang zu Mikrokrediten erhalten.

Aktuelle Umfragen zeigen: Viele Afghanen spüren diese Fortschritte. Über 70 Prozent der afghanischen Bevölkerung blicken optimistisch in die Zukunft. Ebenso viele sagen, in den letzten zwölf Monaten hätten sich ihre Lebensverhältnisse enorm verbessert. Ich habe auch

vor Ort betont, wie wichtig der vernetzte Ansatz und die Abstimmung unter den verschiedenen Akteuren ist. Mir schien, dort, in Afghanistan, versteht man das besser als in den Büros oder Redaktionen in Berlin.

Konkret heißt das, dass alle Politikfelder bereits die politische Strategie gleichberechtigt gemeinsam entwickeln, dass aber ein klares Verständnis der Aufgabenteilung existiert. Nicht jeder muss alles machen! Jedes Politikfeld soll seine Aktivitäten im Rahmen eines gemeinsam festgelegten Konzepts eigenverantwortlich steuern können. Für mich ist zunächst einmal das gemeinsame Ziel, in Afghanistan die nachhaltige Stabilisierung und die Armutsbekämpfung, entscheidend. Dann sollte man über die einzelnen Verantwortlichkeiten, die Arbeitsteilung und erforderlichen Abstimmungen sprechen.

Und hier möchte ich die Zivilgesellschaft einbeziehen. Dies ist ein weiterer Schwerpunkt des BMZ: Wir wollen die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft stärken. Die Nichtregierungsorganisationen leisten – unter großen Gefahren und Risiken – Großes zum zivilen Wiederaufbau Afghanistans, zur Herstellung menschlicher Sicherheit. Deshalb habe ich auch kürzlich bei einer Fachtagung zum Thema „Nichtregierungsorganisationen in Afghanistan“ einen *ganzheitlichen* Ansatz der vernetzten Sicherheit als Ziel genannt. Damit meine ich: Wir müssen die Zivilgesellschaft in unser Netzwerk einbinden. Zugleich müssen wir die „menschlichen Aspekte“ von Sicherheit betonen.

Derzeit konzentrieren sich die Diskussionen zur vernetzten Sicherheit auf Afghanistan – einfach wegen der großen Herausforderungen dort. Doch Afghanistan ist nicht die Blaupause für vernetzte Sicherheit! „Vernetzte Sicherheit“ bedeutet nicht immer gleich, dass wir bewaffnete Streitkräfte einsetzen. Wir verfügen zwar über verschiedene zivile und militärische Instrumente, aber wir müssen diese nicht immer zeitgleich einsetzen. Aber wir, die wir in den verschiedenen Ressorts über diese Instrumente verfügen, können schon in der Krisenprävention hervorragend zusammenarbeiten.

Prävention ist in jedem Fall menschlicher – und kostengünstiger – als Wiederaufbau. Daher haben wir in den Ressortkreis ‚Zivile Krisenprävention‘ gegründet. Auch der Bundestags-Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ dient dieser Vernetzung: Hier tauschen sich die Ressorts mit dem Parlament aus.

Ein gutes konkretes Regional-Beispiel für ressortübergreifende Präventionsarbeit ist für mich die interministerielle „Steuerungsgruppe zur Stärkung westafrikanischer Peace-Keeping Fähigkeiten“. Darin arbeiten Mitarbeiter des Auswärtigen Amts, des Verteidigungsministeriums, des BMZ, des BMI, des Zentrums für internationale Friedenseinsätze und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit zusammen. Die Steuerungsgruppe koordiniert die Arbeit der einzelnen Ressorts für zivile und militärische Peace Keeping Kapazitäten in Westafrika. All diese gute Koordination und Kohärenz setzt eines voraus: Dass man sich untereinander versteht. „Kohärenz fängt in den Köpfen der Akteure an.“ So steht es im zweiten Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Wir müssen die Belange der anderen Akteure verstehen.

So müssen zum Beispiel Militär und Entwicklungszusammenarbeit verstehen, dass beide Seiten nicht losgelöst in einem luftleeren Raum arbeiten. Sie agieren meist in internationalen, jedoch verschiedenen Kontexten – die Bundeswehr innerhalb der NATO, die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen einer vereinbarten Geberkoordinierung. Dort gelten jeweils eigene Regeln.

Die Bundesakademie schafft mit ihrem Seminar für Sicherheitspolitik diese „Kohärenz in den Köpfen“ derer, die künftig Entscheidungen treffen werden – in Ihren Köpfen! Dass wir diese Kohärenz brauchen, wusste auch schon der erste liberale Bundesentwicklungsminister und

spätere Bundespräsident Walter Scheel im Jahr 1963: „Entwicklungspolitik ist eine Art Sozialpolitik im weltweiten Ausmaß. Es geht darum, die Kluft zwischen reichen und armen Völkern zu beseitigen. Wenn uns das nicht gelingt, [...] dann wird es [...] zu einem sozialen Welt-Bürgerkrieg kommen müssen. Das ist der Kern unserer Bemühungen: Diesen sozialen Welt-Bürgerkrieg zu verhindern, die Spannungen auf der Welt abzubauen, damit wir in Frieden leben können.

So gesehen ist Entwicklungspolitik ein Teil unserer langfristigen Sicherheitspolitik. Sie steht im gleichen Rang mit den beiden anderen großen Komponenten unserer Sicherheitspolitik, der Verteidigungspolitik nach außen und der Sozialpolitik im inneren. Wir treiben also Entwicklungspolitik nicht allein um der Menschen Willen, die in Not und Elend leben, sondern auch, um für uns und unsere Kinder Sicherheit zu schaffen."

Walter Scheel spricht nicht von dem „Ansatz der vernetzten Sicherheit“ – und meint doch genau das. Ich möchte, dass Sie nach Ihrem Kurs mit der Gewissheit an Ihre Arbeitsplätze zurückkehren: Die deutsche Entwicklungspolitik versteht sich als tragende Säule in dem Ansatz der vernetzten Sicherheit. Sie können sich auf das BMZ hierin verlassen.